

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Oktober 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Annoncen- und alle sonstigen Reklamensanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 115

Beschämendes Eingeständnis?

In den Vortragsheften der Nr. 106 und 107 des „Korr.“ sah sich unsere Redaktion veranlaßt, auch den Kollegen der verschiedenen Orte, die da glauben, außer dem vom Tarifauschusse Beschlossenen noch etwas Ertraes für sich herauszuholen zu müssen, einige Wahrheiten zu sagen. Die Redaktion bezeichnete es dabei als ein beschämendes Eingeständnis unsererseits, derartige Feststellungen machen zu müssen. Sie hat damit vollständig recht, denn Ordnung muß sein. Was mich veranlaßt, hierauf zurückzukommen, ist, daß die „Zeitschrift“, das Prinzipalsorgan, in ihrer Nummer vom 26. September unter der Überschrift „Ein beschämendes Eingeständnis!“ wieder einmal (zum wievielten Male wohl schon?) klar zu machen sucht, wie wenig doch der Tarif von den Verbandsmitgliedern respektiert wird. Und sie zieht dabei die Schlussfolgerung, daß seit Monaten die Gehilfenführer wie das Verbandsorgan die Massen der Gehilfen nicht mehr sicher in Händen hätten, sonst könnten sich solche wilden Streiks nicht ereignen.

Sa, hat denn die „Zeitschrift“ gar keine Ahnung davon, daß die sogenannten Tarifverächter nicht nur auf Gehilfen, sondern und vielleicht in weit größerem Maße auch auf Prinzipalsseite zu finden sind? Es scheint so, denn bisher hat man in der „Zeitschrift“ noch nichts gelesen, daß den eignen Mitgliedern einmal Vorbildungen gemacht worden wären, so nötig dies auch wäre. Im Gau Erzgebirge-Bohland z. B., wo die Gehilfenführer, die Massen noch in Händen haben und die Gehilfen sich bisher streng an die tariflichen Beschlüsse gehalten haben, sind es gerade die Prinzipale gewesen, welche sich bei der letzten Gewerkschaftszusammenkunft in unzähligen Fällen um die Tarifauschussbeschlüsse herumzudrücken suchten. Es konnte sogar festgestellt werden, daß einige „Karltreue“ Prinzipale an ihre Gehilfen (natürlich N.-V.) noch die bei den jetzigen Verhältnissen fast unveränderlichen Röhne von 30 und 40 Mk. zahlten. Und nicht wenig hat zu diesem Verhalten der Prinzipale der Kreisvorsitzende Schalacker (Leipzig) selbst beigetragen, welcher in einem Zirkular den Prinzipalen unseres Gaues folgenden wohlgemeinten Rat gab: „In allen Fällen, wo die wirtschaftliche Lage eines Betriebes die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Bestimmung (der Gewerkschaftszusammenkunft) ergibt, empfehlen wir dringend die Verständigung, auf vernünftiger Grundlage“ mit den betreffenden Gehilfen.“

Selbstverständlich war es nun daraufhin fast allen Prinzipalen des Plauener und Zwickauer und zum Teil auch des Chemnitzger Bezirks unmöglich, die Beschlüsse zu erfüllen und sie suchten ihren Gehilfen Sonderabmachungen „auf vernünftiger Grundlage“ aufzuzwingen, also eigentlich dasselbe Aus-der-Reihe-Liegen, was man bei den Gehilfen so sehr verurteilt. Es wurde dadurch eine ungeheure Aufregung in die Gehilfenchaft hineingetragen, ja es hätte nicht viel gefehlt und es wäre in einigen großen Orten zum Streik der gesamten Gehilfen gekommen. Entschieden Eingreifens des Vauvorstandes, der Schiedsgerichte und schließlich noch der Chemnitzger und Zwickauer Demobilisationskommissare bedurfte es erst noch, um die Prinzipale zur Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen zu bringen.

Nicht zu wenig war letzte Ostern auch in der Lehr-Ingenieurstellung gekündigt worden, sogar von Beisitzern des Plauener Schiedsgerichts selbst. Auf die eingereichte Klage der Gehilfenleitung sind die überzähligen Lehrlinge nicht entlassen worden, man will dies nächste Ostern regeln, hoffentlich wird es auch! Ebenso ist es noch mit der Seherinnenfrage. Auch da gibt es noch Prinzipale, welche sich nicht zur Entlassung der Seherinnen bereitfinden wollen, trotz ernstlicher Vermahnung des Schiedsgerichts, Tarifamts und des Demobilisationsamts, während auf der andern Seite dieselben Prinzipale Kriegsteilnehmer nicht einstellen bzw. Leute entlassen.

Möge also die „Zeitschrift“ auch von solchen Fällen wie den hier gekennzeichneten — sicherlich von anderen noch zu vermehrenden — in ihren Spalten Notiz nehmen als tatsächliche beschämendes Eingeständnis, wie wenig auf Prinzipalsseite die tariflichen Beschlüsse respektiert werden. O. D., Chemnitz.

Anmerkung der Redaktion: Dem Chemnitzger Kollegen ist vollkommen beizupflichten. Wir können uns daher eine Befassung mit dem buchtäblichen Verlegenheitsprodukt der „Zeitschrift“, das durch einen böswilligen Anwurf gegen die Gehilfenleitung nur noch hilfloser erscheint, bis zu einem größeren Rechnungsausgabe aufsparen. Die Erziehung zur Zivilcourage ist zu ar schwer, der Dreck vor der eignen Tür könnte drücken aber doch einmal diesen Lehrgang beschleunigen.

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Die Notwendigkeit eines graphischen Industrieverbandes

Aus den letzten Nummern des „Korr.“ erliebe ich, daß die Frage des graphischen Industrieverbandes immer weitere Kreise zieht. Auf einer in Berlin vor kurzem abgehaltenen Versammlung erklärte Kollege Graumann, daß man bei der Lösung dieser Frage die Frage der Notwendigkeit ins Auge fassen müsse. Von diesem Grundsatze ausgehend möchte ich die Frage der Notwendigkeit des Druckerverbandes unteruchen. Dabei möchte ich zunächst folgenden feststellen: Aber den Wert einer größeren und stärkeren Organisationsform an dieser Stelle etwas auszuführen, siehe Eulen nach Athen tragen. Darüber hinaus gewinnt jedoch der Gedanke des Zusammenklusses eine viel größere Bedeutung, wenn wir denselben vom Standpunkte der heutigen volkswirtschaftlichen Lage unteruchen.

Die Krise, in welche uns der Weltkrieg hineingebracht hat, ist durchaus noch nicht beendet, d. h. die soziale Revolution ist, und das lebrt nicht nur der Blick auf Deutschland, sondern auch auf die Vorgänge im Auslande. Des weiteren spüren wir dies täglich im Hinblick auf unsere eigene elende Lage. Wir sind ein armes Volk geworden, für welches die Arbeitskraft das hauptsächlichste Vermögen bedeutet. Wir müssen daher vorsichtig und planmäßig mit diesem unserm Vermögen wirtschaften. Wir werden aus diesem Grund auch die Frage der praktischen Durchführung des Sozialismus dauernd im Auge behalten müssen und dabei erwägen, ob es nicht möglich ist, unter Ausschaltung der privatkapitalistischen Interessen noch billiger und rentabler zu produzieren zu können. Das es nicht gelingen wird, diese kapitalistische Krise mit den ibleichen Mitteln zu beheben, ist ein von linkssozialistischer Seite schon lange gehegter Grundsatze. Und daß sich dieser Gedanke, auch bei einem Teile der führenden Rechtssozialisten findet, beweist Rudolf Wissell in der Nummer des „Vorwärts“ vom 25. September. Der ehemalige Reichswirtschaftsminister, dem man eine Sachkenntnis auf volkswirtschaftlichem Gebiete nicht abprechen kann, schreibt im Hinblick auf den Stand unserer Valuta: „Wer sich die augenblickliche planlose Wirtschaft ansieht, kann sich nicht darüber wundern, daß unsere Valuta in beschleunigtem Tempo sich weiter verschlechtert hat.“ Nachdem Wissell dann die Gründe hierfür unterucht, schreibt er zum Schluss: „Aber mehr noch wie während des Krieges verlangt die augenblickliche, durch den Valutakurs noch verschlechterte wirtschaftliche Lage eine zielbewusste Leitung der deutschen Volkswirtschaft nach Gesichtspunkten, die über das Interesse des einzelnen Unternehmens und über das Interesse der einzelnen Gewerkegruppen hinaus das Interesse der gesamten Volkswirtschaft zur Richtschnur haben. Das ist möglich auf einem andern Wege als dem der bürokratischen Zwangswirtschaft, die den Widerstand der Wirtschaftler hervorruft, nämlich auf dem Wege der Selbstverwaltung, bei der das Reich den notwendigen Einfluß durch eine kommissarische Vertretung erhält.“

Nun möchte ich es vorweg nehmen: Die Wissell'sche Planwirtschaft, von welcher wir bisher gehört haben, bezieht sich nicht, wenngleich ich dem ehemaligen Reichswirtschaftsminister Wissell ein hohes Maß von volkswirtschaftlichem Können und auch ein ehrliches sozialistisches Wollen nicht abstreiten möchte. Der Gedanke einer Planwirtschaft an sich ist durchaus gesund und meiner Ansicht nach auch der einzig mögliche Weg, um von dieser kapitalistischen Krise hinweg die Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen. Ebenso bin ich der gleichen Ansicht wie Wissell, wenn ich behaupte, daß dasselbe nur auf dem Wege der Selbstverwaltung, allerdings unter völliger Ausschaltung kapitalistischer Interessen, möglich zu machen ist. Und diese Selbstverwaltung ist eben nur herbeizuführen durch die Betriebsräte einerseits als Vertrauensleute der Allgemeinheit, in deren Interesse sie zu wirken haben; durch Unterführung der Gewerkschaften andererseits, welche sich zu diesem Zweck in unserm Beruf in eine große graphische Familie umzustellen haben. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, bedeutet der Zusammenkluß im graphischen Gewerbe nicht nur eine Organisationsfrage, sondern eine hohe wirtschaftliche Notwendigkeit, um im gegebenen Moment den Wirtschaftskörper durch alle Gefährnisse der kapitalistischen Krise hindurch und aufwärts zum sozialistischen Staate zu führen. Dazu begrüße ich

alle bisher im „Korr.“ erschienenen Artikel als Bausteine und den in Leipzig erschienenen „Graphischen Block“ als Mittel zu dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit. (Dah dieser Mittel ein Bindemittel sein könnte, ist unsere Auffassung nicht. Red.) Möge die Arbeit weitergedelben zum Wohle des Volksganzen!
Berlin. Karl W. Schmidt.

Das Buchgewerbe im Auslande

Tschecho-Slowakei. Auf Veranlassung des Klubs der Schriftgießer und verwandter Berufe ist darauf hingewiesen, daß die Schriftgießer in Prag gegenwärtig in Tarifverhandlungen stehen, da der jetzt noch in Geltung befindliche Tarif mit Ende dieses Jahres abläuft. Da die Schriftgießerkollegen sich entschlossen sind, die Lohnbedingungen des neuen Tarifs so zu gestalten, daß ein annähernder Ausgleich gegenüber der brennenden Verteuerung der Lebenshaltung erzielt wird, ist mit einem harten Lohnkampfe zu rechnen. In die Schriftgießergewerkschaften Deutschlands ergibt infolgedessen die dringende Mahnung, vor Annahme einer Resolution der Ersten Alldeutschen Schriftgießerei in Prag im eignen Interesse Gründungen einzuleben beim Obmanne des Klubs der Schriftgießergewerkschaften Joseph Sobolak in Prag VII., Altmarmel ul. Nr. 633/II.

Norwegen. Den letzten aus Norwegen zu uns gelangten direkten Nachrichten zufolge war von dem dortigen Arbeitgeberverbande die Aussperrung aller Arbeiter der graphischen Berufe für den 23. September vorgeleben. Infolgedessen verkündete die Zentralorganisation der norwegischen Gewerkschaften zum 3. Oktober den Sympathiestreik der gesamten Arbeiterchaft. Die Arbeitsstellung soll sich zunächst auf etwa 50000 Arbeiter erstrecken. Bis zur Stunde läßt sich über den Stand der Dinge noch nichts Genaueres sagen, da das Arbeitszeugnisamt einen nochmaligen letzten Vergleichsvorschlag zur Beilegung des weittragenden Folgen auslösenden Arbeitskonflikts vorgelegt hat. Wie norwegische Zeitungen melden, entstand der Konflikt dadurch, daß die Arbeiter der Buchbinderbetriebe — etwa 1000 Mann — in den Ausland traten, weil ihnen neue Lohnforderungen nicht bewilligt worden waren. Im Frühjahr war ein neuer Tarifvertrag für das Buchbindergewerbe Norwegens zustande gekommen. Der norwegische Arbeitgeberverband vertrat bei dem Standpunkte, daß eine neue Lohnhöhung Folgen haben könnte, die weit über den fraglichen Industriezweig hinaus ihre Wirkungen erstrecken würden; die Wirtschaftslage des Landes sei nicht günstig genug für weiteres Anheben der Lohnscharbe und daraus folgende Preissteigerungen. Der Buchbinderstreik würde aber zur Folge haben, daß die Buchdrucker bald ihren Betrieb einstellen müßten, und der Arbeitgeberverband beschloß deshalb, die Aussperrung über das Buchdrucker- und die übrigen graphischen Betriebe zu verhängen. Die Buchdruckerbetriebe derjenigen Zeitungsbetriebe, die zum Arbeitgeberverbande gehörten, antworteten mit einem Sympathiestreik, und am Montag, 23. September, erschienen nur die sozialdemokratischen Zeitungen und einige wenige Blätter, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehörten. Da man augenblicklich in Norwegen vor sehr weittragenden innerpolitischen Entscheidungen steht, war eine schnelle Beendigung des Zeitungsstreiks eine dringende Notwendigkeit, und die Zeitungsverleger erklärten nach fast einmütigem Beschluß ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverbande. Die Geber nahmen daraufhin die Arbeit sofort wieder auf, und schon am Morgen des andern Tages erschienen sämtliche Blätter. Innerhalb der nächsten Tage wird es sich zeigen, ob der Arbeitgeberverband von seinen Aussperrungsgeflüsten gegenüber den graphischen Betrieben Abstand nimmt oder nicht, nachdem die norwegischen Zeitungsverleger ihren Austritt erklärt haben. Danach wird auch die Zentralorganisation der norwegischen Gewerkschaften ihr Verhalten einzurichten müssen.

Ausland. Vom Vorstand des Rigaer professionellen Buchgewerbeverbandes erhielten wir direkt Mitteilung, daß der Verband seine sich über ganz Letland erstreckende organisatorische Tätigkeit wieder aufgenommen hat. In einem seit 17. August d. J. in Geltung befindlichen Tarifvertrag sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für gelehrte und ungelernete Bucharbeiter sowie für die Lehrlinge vollständig geregelt. Der Wochenlohn für Buchdruckerbetriebe beträgt 105 lettische Rubel, für Hilfs-

arbeiter 78,75 teuffliche Rubel. In Frankbeltsfällen wird über Wochen hindurch der halbe Lohn neben streiter ärztlicher Behandlung und Medizin gewährt. Jeder Arbeiter hat Anspruch auf einen zweiwöchigen Urlaub im Jahre, sofern er drei Monate im Betriebe tätig ist; bei nur einmonatiger Beschäftigungsdauer beträgt der Urlaub eine Woche. Deutliche Berufsgenossen, die eine Kondition in Volkland anzunehmen gewillt sind, haben unbedingt vorher und rechtzeitig Erkundigungen über die geltenden Arbeitsbedingungen einzuholen bei der Verbandsleitung (Wreem Rpa, Mühlentstraße 92, W. 5).

Frankreich. Zum dem 11. Kongress des französischen Bucharbeiterverbandes, der am 8. September in Nancy zusammentrat, waren Vertreter von 110 Sektionen anwesend. Gegenüber dem letzten Kongress im Jahre 1910 waren diesmal 67 Sektionen weniger vertreten, was als eine Folge des Krieges zu betrachten ist. Die Ereignisse im französischen Organisationsleben während des letzten Jahres riefen eine lebhafteste Debatte hervor, in der insbesondere die Stellungnahme des Verbandes während des Krieges, zur Maidemonstration und zum geplanten Generalstreik kritisiert wurde. Bei der dann folgenden Debatte über die allgemeine Forderung legten die einzelnen Redner den Hauptwert auf die Aufrechterhaltung enger Beziehungen des Bucharbeiterverbandes zur allgemeinen Gewerkschaftsbewegung Frankreichs. Generalstreik für Steuer verteilte in längerer Rede die Tätigkeit des Zentralkomitees und erläuterte dessen Beschlüsse während der Kriegszeit sowohl wie betreffs der Demonstrationen vom 1. Mai und zum 21. Juli d. J. Dann warf er einen Rückblick auf die Geschichte des Verbandes vom Jahre 1884 ab und hob die erzielten Resultate hervor. Bei der Abstimmung über den Geschäftsbericht des Zentralkomitees erklärten 145 Delegierte ihr Einverständnis mit dessen Tätigkeit. Nur ein Delegierter stimmte dagegen, während 14 Delegierte sich der Abstimmung enthielten. Sodann wurde nach lebhafter Debatte folgender von Anon gestellter, prinzipiell wichtiger Antrag einstimmig angenommen: „Der Kongress schließt sich dem Grundsatze der Arbeitsmangel im Falle von lokalen oder Generalstreiks an. Er besteht darauf, daß die Zentrale der vereinigten Gewerkschaften sich der Verallgemeinerung dieses Prinzips hingibt, um jedes falsche Manöver oder jede Schwächung der arbeitenden Klassen zu verhindern.“ Der bereits in Nr. 112 des „Korr.“ gekennzeichnete Antrag des Vertreters des belgischen Buchdruckerverbandes Theunissen, an dem internationalen Buchdruckerkongress in Luzern nicht teilzunehmen und der Gründung einer neuen typographischen Zentrale unter den alliierten und neutralen Ländern näherzutreten, fand keine Anhänger. Der Verbandstatuten Stellung genommen. Die Pariser Delegierten traten dafür ein, das zentralistische Organisationsystem durch das föderative zu ersetzen. Sie brachten eine Resolution ein, die die Ernennung von 15 Delegierten vorlag, und zwar je einen für jede britische Gruppe. Bei dieser Gelegenheit erließen verschiedene Delegierte, unter ihnen die beiden Straburger Klein und Mulscher, scharf aneinander. Der Vertreter des Zentralkomitees geriet schließlich ohne das, auf eine Zerplitterung hinauslaufende föderative System, das eine bedauerliche Disziplinlosigkeit in jenen Sektionen zulasse, für die den Plan ausbedenken. Die Folge davon war, daß der Grundsatze der Zentralfaktion triumphierte über die destruktiven Tendenzen, für die sich die hauptsächlichsten Vertreter stark gemacht hatten.

Ernährungswirtschaft

Die Zuckernot

Deutschland, das sonst noch die Nachbarländer mit Zucker versorgte, befindet sich in größter Zuckernot! Es ist kaum zu glauben. Dazu noch die schlechte Verteilung, die Bevorzugung vieler Bezirke mit Einmachezucker. Das muß natürlich auf die benachteiligte Bevölkerung (wie z. B. Sachsen) beunruhigend wirken.

Mit einer Erhöhung der Ration soll es nach den gegebenen Tatsachen leider nichts werden. Im Gegenteil wird man froh sein müssen, wenn sie nicht noch mehr verringert wird. Die Erzeugung ist von Jahr zu Jahr immer mehr zurückgegangen, von rund 53 Mill. Ztr. des letzten Friedensjahres auf rund 24 Millionen in diesem Jahre. Der Bestand des zum Verbräuche fertigen Zuckers verringerte sich dazu im letzten Jahr allein um 4 Mill. Ztr., und wer weiß, ob schon vom nächsten Jahr ab eine Steigerung der Erzeugung möglich ist, da durch Koststeigerung vorwiegend landwirtschaftlicher Gebiete die Ziffer nicht unwesentlich beeinträchtigt wird. Aus dem Ausland ist leider wenig Hilfe zu erwarten, da dort gleichfalls die Erzeugung zurückgegangen ist, wozu in der Hauptfache das Ausbleiben der Samenlieferungen aus Deutschland beigetragen hat. In Deutschland ist bekanntlich die Ursache des Rückgangs in der mangelhaften Düngung und ebenfalls in der Verringerung der Anbaufläche zu suchen, weil Kartoffeln und Brotgetreide notwendiger waren, aber auch, weil der Anreiz durch höheren Preis nach Ansicht der agrarischen Profitgier fehlte.

Wie mit andern rationierten Lebensmitteln, so wurde auch mit Zucker hintenherum gehandelt und geschoben und dieser auch für unnützen Verbrauch zur Verfügung gestellt. Es muß aber vorausgesetzt werden, daß zumal das letztere unter Robert Schmidt ausgeschlossen ist, und daß auch der Zucker in der Deklaration des Gradstoffs als Alkoholdes, Maschinenöl usw., wie es noch voriges Jahr zu verzeichnen war, heute zur Unmöglichkeit gehört. Ebenso dürfen Schickelereien nicht mehr als „kriegswichtige“ Be-

triebe angesehen werden, um mit Zucker beliefert werden zu können. Der Zuckerbedarf der Konditoreien und Zuckerwarenfabriken für den teuren Kuchen und das Zuckertier ist aber heute noch groß genug. Der Verbrauch hat hier sogar noch zugenommen, gemessen an dem hohen Betrieb in Konditoreien und Zuckerläden. Man glaubt allgemein das Bedürfnis zu solchen Verleihen zu haben und zahlt die hohen Preise, soweit es möglich ist. Das Stehlen von Zucker und Verschlecken ganzer Zuckerlörger ist nicht minder auch heute noch an der Tagesordnung. Erst kürzlich wurde, wie auch schon in vielen andern Orten, in Leipzig ein Lager nach und nach um 36 Ztr. beraubt. Die Moral ist durch den Krieg gewiß sehr gelitten, und der Not der unteren Klassen muß sehr viel zugute gerechnet werden, aber wo würde es hinlängen, wenn derartige Verbrechen entschuldigt werden und auch die Hintermänner straflos ausgehen sollten? In Küstern wurde Mitte August der Vetter der militärischen Lebensmittelbeschaffungstelle dabei ertappt, wie er 300 Ztr. Zucker mit 1200 Proz. Verdienst verschlecken wollte! Er wurde verhaftet und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben, die hoffentlich auch inzwischen seine Spießgesellen, den amfischen Expediteur, den „Kochmann“ und Unterbeamte, in Sicherheit gebracht hat. Inzwischen ein sehr dreister Schwindel, der aber durch seinen „amfischen“ Anstrich nicht gleich entlarvt werden konnte. Die Einwohner eines Ortes im Saargebiet, denen Anfang vorigen Jahres der ganze zugestellte Zucker verschwinden war, was erst nach annähernd einem Vierteljahre bemerkt und verfolgt wurde, sind hoffentlich noch zu ihrem Rechte gekommen.

Das Kriegsersatzungsgesetz möge für gerechtere Verteilung Sorge tragen, dergleichen, daß der Zucker nicht zu unnützen Sachen vermanstet und dadurch obendrein erheblich veräuert wird. Die zugestellten Bundesstaaten müssen den schlechtesten abgeben. Das sächsische Lebensmittelamt mußte ins Ausland gehen, sich an die tschechoslowakische Republik wenden, um nicht zurückzukaufen und auch noch eine kleine Ertragabgabe als Einmachezucker (ein Pfund pro Kopf) verteilen zu können.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Rechtssprechung in Militärrentensachen

Dem Buchdrucker Fr. hat das Militärverorgungsgericht Groß-Berlin für eine Schüberverletzung des rechten Oberarms, deren Folgen dem Verluste des Armes gleich erachtet wurden, an Stelle der bewilligten Rente von 60 Proz. eine solche von 70 Proz. zugesprochen, dagegen dem weitergehenden Anspruch auf Gewährung der Bestimmungszulage abgelehnt, weil über die nach § 13 Abs. 3 des Mannschaffsverordnungsgegesetzes eventuell zu gewährende Bestimmungszulage das Gericht nicht zu entscheiden hat, vielmehr der Militärärztes selbst nach Billigkeit zu befinden habe.

Aus der Begründung sind folgende Ausführungen bemerkenswert: „Die Berufung konnte nur teilweisen Erfolg haben. Nach den Gutachten des Sanitätsrats Dr. Fr. und Dr. Ws ist die Beschädigung des rechten Armes infolge der Verwundung des Klägers eine derartige, daß sie dem Verluste dieses Armes mindestens nahezu gleichkommt. Der Kläger vermag den Arm zwar noch aufzulegen, damit etwa ein Blatt Papier festzukommen, auch wohl leichtere Gegenstände auf dem Arme zu tragen. Indessen ist die Hand zu irgendeiner Arbeit nicht mehr zu gebrauchen. Deshalb war die Einbuße seiner Erwerbsfähigkeit infolge der Armerverletzung in Abereinstimmung mit den beiden genannten Ärzten auf 70 Proz. anzunehmen und insoweit der angefochtene Bescheid abzuändern. Sinegenen war die Berufung zurückzuweisen, soweit sie sich auf die Bestimmungszulage bezieht, denn diese Zulage unterliegt überhaupt nicht der Entscheidung des erkennenden Gerichts. Die Militärverorgungsgerichte haben nur über Ansprüche auf Festsetzung von Versorgungsgebühren aus den Militärverordnungsgegesetzen zu entscheiden, wie sich aus Artikel II § 1 der Verordnung über Änderung des Verfahrens in Militärverordnungsachen vom 1. Februar 1918 („Reichsgesetzblatt“ Seite 149) ergibt. Ein Anspruch auf die Bestimmungszulage nach § 13 des Mannschaffsverordnungsgegesetzes vom 31. Mai 1906 besteht jedoch nur bei dem völligen Verluste bestimmter Gliedmaßen. Zwar kann die Bestimmungszulage nach § 13 Abs. 3 auch gewährt werden, wenn die Störung der Gebrauchsfähigkeit eines Armes so hochgradig ist, daß sie dem Verluste des Gliedes gleich zu erachten ist. In dessen handelt es sich dabei nicht um einen Anspruch, sondern um eine Leistung, über welche der Militärärztes nach Billigkeit zu befinden hat. Das Militärverorgungsgericht kann ihn deshalb nicht zu der Gewährung dieser Zulage verurteilen.“

Korrespondenzen

St. Augsburg. In einer sehr gut besuchten Versammlung am 10. September erstattete Obmannvertreter Hemmerich (München) Bericht über die letzte Tarifauschussung. Nach Andörung des äußerst ausführlichen und interessanten Referats sprach man sich in der anschließenden Diskussion über das Ergebnis der Tarifauschussung allgemein unbefriedigt aus. In einer einstimmig angenommenen Entschließung kam u. a. zum Ausdruck, die Versammlung sei weit entfernt davon, die Obmannvertreter für die geringen Erfolge verantwortlich

zu machen und deren ehrliches Wollen zu bezweifeln. Sie fühlte sich aber verpflichtet, auszusprechen, daß der den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr angepaßte Tarifvertrag Hemmungen auslöste, welche eine erhebliche Arbeit unterbinden. Die dreife Akult, welche Unternehmer und Arbeiter trotz des Tarifvertrages auch im Buchdruckergewerbe scheidet, könne nur beseitigt werden, wenn die Unternehmer dem Mitbestimmungsrechte der Gehilfen in den Buchdruckerbetrieben in einer Form beistimmen, die dem Geiste des Fortschritts entspricht. Um diesen Bestrebungen Erfolg zu sichern, sei mit dem Zustande des provisorischen Weltbestehens des Tarifvertrages zu brechen und eine Tarifrevision in die Wege zu setzen. Nur auf der Grundlage einer Berufsverfassung im Sinne der Schaefferischen Vorschläge dürfe auch die dem Buchdruckergewerbe so notwendige Ruhe gegeben werden. Die Versammlung gab sich ferner der Erwartung hin, daß das Streikamt bei Festsetzung der Lokalaufschläge zum Ausgleich für die viel zu gering bemessene tarifliche Erzeugnisszulage dem Antrag auf Erhöhung des Lokalaufschlags für Augsburg zustimmt. Vorstehender Mitarbeiter sprach dann dem Obmannvertreter für seine Berichterstattung noch den Dank der Versammlung aus und schloß die anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsch an die Mitglieder, in der kommenden Zeit stets eifrig mitzuarbeiten.

Berlin. Als Gegenstück der wiederholt von der Opposition abgehaltenen Zusammenkünfte und Versammlungen hatten die S. P. D. angehörigen Vertrauensleute eine Versammlung der Berliner Kollegen am 21. September nach den „Kammerfäden“ einberufen. Der etwa 3000 Personen fassende Saal vermachte die Menge der erschienenen Kollegen nicht zu lassen. Kollege Grabmann referierte über „Industrieverbände, unter besonderer Berücksichtigung des graphischen Gewerbes“. In sehr eingehenden Ausführungen behandelte der Redner das umfangreiche Thema, betonend, daß bei verschiedenen Berufsgruppen die Zusammenfassung in Industrieverbänden geradezu eine Notwendigkeit sei, die aber beim graphischen Gewerbe nicht vorliege. Die in der letzten Zeit auftretenden Bestrebungen zum Zusammenschluß im graphischen Gewerbe seien der Auslösung politischer Treiberen. Die von der Opposition herausgegebene Zeitschrift „Graphischer Block“ wurde vom Referenten entsprechend gewürdigt und festgesetzt, daß man geradezu ängstlich vermeide, die vom vorbereiteten Ausschusse darin aufgestellte Forderung des gemeinsamen Handelns mit der maßgebenden politischen Partei zur Erringung der politischen Macht zu propagieren. Darin liege eine bewußte Irreführung der Kollegen und ein Mangel an Offenherzigkeit! Zum Schluß sollten alle Kollegen zu sein, wählbar in die Zentralfaktion aber nur diejenigen, die auf dem Boden des „reinen, unversäulten Räteystems“ ständen. An der Hand zahlreicher Beispiele illustrierte Redner die parteipolitische Tendenz der sich jetzt breit machen wollenden Bestrebungen des „Graphischen Blocks“ und betonte zum Schluß, daß man unter keinen Umständen lediglich politischer Tendenzen willen von dem bisher bewährten Weg abgehen dürfe. Wenn aber neue wirtschaftliche Bedingungen neue Formen der Organisation verlangen, dann müssen auch die neuen Wege zum Vorteile der Mitglieder bestritten werden. Die vollständig erschienene Opposition, die nach bewährter Taktik anfangs glaubte, durch zahlreiche Zwischenrufe den Redner zu stören und die Versammlung beeinflussen zu können, ließ sich bald in ihre Schranken zurückgewiesen. Die Kollegenchaft war nicht gewillt, sich terrorisieren zu lassen. Die beiden Redner der Opposition, unter ihnen der im „Graphischen Block“ als Vertrauensmann für Deutschland bekanntgegebene Kollege Pöschmann, vermochten dem Referenten nicht entgegenzutreten, so daß er auf ein Schlußwort verzichten konnte. Mit überwältigender Mehrheit wurde nachstehende Resolution angenommen: „Die heute, Sonntag, den 21. September, in den „Kammerfäden“ tagende allgemeine Versammlung der Mitglieder des Vereines der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer stellt sich auf den Boden der von den Gewerkschaftskongressen über die Industrieverbände gefassten Beschlüsse. Nur große, alle Berufsangehörigen umfassende Verbände sind in der Lage, die Interessen ihrer Mitglieder in wirksamer Weise nach allen Richtungen hin zu vertreten. Sie erkläre in dem neu gegründeten „Graphischen Block“ eine solche Vertretung nicht, da derselbe nur geeignet ist, Zerplitterung in die bestehenden Verbände des graphischen Berufs zu tragen. Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist die alleinige berufene Organisation zur Vertretung der Interessen der Buchdrucker Deutschlands. Er ist zentral sowohl wie örtlich stets bestrebt gewesen, gemeinsam mit allen Organisationen des graphischen Berufs die gemeinsamen Interessen der Angehörigen des graphischen Gewerbes zu wahren, wie es bereits vor Jahren durch Gründung der graphischen Zentralen geschehen ist. Die Versammlung verwarf sich aber entschieden gegen den vom „Graphischen Block“ propagierten Industrieverband. Sie sieht in demselben keine Vorteile, sondern nur Nachteile für die Angehörigen der einzelnen Berufe. Sie erklärt, nach wie vor festzuhalten an den allbewährten Grundrissen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der ständig fortschreitend den Erfordernissen der neuen Zeit anzupassen ist.“

Bremen. Kollege Emil Steinwald konnte am 1. Oktober auf eine 50jährige Buchdruckerlaufbahn zurückblicken. Wiederholt und gerades Wesen zeichnen diesen braven Kollegen, der am 1. Juni 1874 in Bremen seine Wehrzeit beendete und am selben Tage seiner Organisation beitrug, besonders aus. Am 4. Oktober gebürt Kollege August Baumann 50 Jahre der Organisation an. Er beendete am 2. Oktober 1869 in Schwerin in der Bärensprungischen Hofbuchdruckerei seine Wehrzeit, trat am 4. Oktober dem Verbands bei und war seit seiner Anwesenheit in Bremen, wohin er schon 1871 kam, alle

zeit ein freies und rühriges Verhandlungsglied. Ehrenpollen im Gau- und Bezirksvorstande hat er jahrelang im Interesse unler Sache einvernommen und das Vertrauen der Kollegen im weitesten Maße genossen. Trotz seines hohen Alters nimmt er noch sehr an den Verhandlungen teil und kann der jüngeren Generation in jeder Weise als leuchtendes Beispiel dienen. Beide Kollegen stehen schon lange bei der Firma Schünemann in Kondition. Möge ihnen ein heiterer Lebensabend beschieden sein!

Osgau. Am 7. September tagte eine außerordentliche Versammlung, an der auch die Vertrauensleute der Bezirksorte teilnahmen. Nachdem Vorsitzender Hauschild die äußerst schwierige Weltwirtschaftslage — besonders der Buchdrucker — dargestellt, referierte unser Obhliebervertreter Fiedler (Breslau) über die Beratungen des Tarifausschusses. Die Diskussion wurde leider vorzeitig unterbrochen, da Kollege Fiedler am selben Tag ein Referat in Grünberg übernommen hatte. Die Versammlung besetzte daher die Zwecklosigkeit der Zusammenkunft und erklärte sich mit den Berliner Verhandlungen nicht einverstanden, besonders kritisiert wurde die abermalige Einstellung der Feuerungszulagen. Sodann erfuhr noch die Behandlung der Qualitäts- und Spezialarbeiter Kritik.

Bezirk Heide. Eine außerordentliche Bezirksversammlung fand am 14. September in Heide statt. Anwesend waren die Ortsvereine Nulm mit 5, Meisdorf 4, Niebühl 1, Garbing 2, Tönning 2, Nulm 1 und Heide 22 Kollegen. Gauvorsteher Prüfer (Niel) referierte über das Thema: „Die gegenwärtige Lage“. Er gab dabei einen ausführlichen Bericht über den gegenwärtigen Lage in unlerm Gewerbe. Der Vortrag fand beifällige Aufnahme. Seitens der Kollegen wurde allgemein bedauert, daß die Feuerungszulage nicht schon am 1. September in Kraft getreten sei und sehr ungleichmäßig ausgefallen wäre. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der Protest gegen das Ergebnis der letzten Verhandlungen des Tarifausschusses erhoben wird, weil es eine besonders krasse Benachteiligung der Provinzialkollegen bedeutet. Bei der Berichtserstattung aus den Bezirksorten konnte von allen Orten berichtet werden, daß die tariflichen Verhältnisse gut seien und daß die Ferienbewilligung glatt zur Durchführung gelangte. Bei der Aussprache über die Bezirkseinstellung und eventuell Schaffung einer Bezirkskassette wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Bezirke bestehen bleiben mögen; die Schaffung einer Bezirkskassette wurde indessen abgelehnt. Die Einberufung und der Ort der nächsten Bezirksversammlung wurden dem Bezirksvorstand überlassen.

München. Am 1. Oktober beging Kollege Jakob Schauer in voller Frische und Rüstigkeit sein 50jähriges Berufsjubiläum. Er steht in der Buchdruckerlei Franz X. Selz seit Gründung der Firma (1889) und erfreut sich allgemeiner und kollegialer Wertschätzung. Möge er in ungezügelter Gesundheit einem frohen Lebensabend entgegensehen!

Cl. Oldenburg. Anlässlich des Bezirksobmannsbesprechens veranstaltete der Bezirksmaschinenmeisterversammlung für Oldenburg etwas Besonderes: einen öffentlichen Vortrag mit dem sehr interessanten Thema „Die Entwicklung des deutschen Rotationsmaschinenbaues“. Das recht anregende Thema hatte von nah und fern (Bremen, Wilhelmshaven, Varel und aus einigen kleineren Druckorten) erfreulicherweise eine recht ansehnliche Zahl von Kollegen nach hier geführt. Das für die Veranstaltung gewonnene Deutsche Maschinenbauhaus war sehr gut besetzt. Begleitet war der Vortrag in zwei Teile: „Die Entwicklung des deutschen Rotationsmaschinenbaues“ (a. die Zeitungsrotationsmaschinen, b. die Spezialmaschinen), und „Die Bedienung der Zeitungsrotationsmaschinen“ (a. Druckzylinderbekleidung und Papiertransport, b. Schneid- und Farbwerke, c. Behandlung der Walzen usw., d. die Farbe, e. das Papier, f. technische Ausstattung der Rotationsmaschinen). Kollege Wölferl, der es übernommen hatte, dieses schwierige als auch äußerst umfangreiche Thema zu bearbeiten, entließ sich seiner Aufgabe in fadelloser Weise und führte den Anwesenden den Entwicklungsgang des deutschen Rotationsmaschinenbaues, von der einfachen vierseitigen bis zur heutigen modernen 9seitigen Sechsrollenrotationsmaschine allmählich weitgehend an Sand von Lichtbildern und Photographien in klarer und leichtverständlicher Weise vor Augen. Nachdem auch noch das Bildereindruckwerk für Zeitungsrotationsmaschinen besprochen und im Lichtbild gezeigt war, ging Redner zu den Spezialmaschinen, wie Variabels, Bucherdruck-, Illustrations- und Mehrfarben-Rotationsmaschinen, über und widmete hierbei eine längere Abhandlung denjenigen Spezialmaschinen, auf welchen „Die Woche“ in Berlin und „Die neue Welt“ in Hamburg gedruckt werden. Auch die neuere, die Gris- oder Clichogram-Rotationsmaschine, auf welcher in einem Arbeitsgange Hündchen etwa 1000—1200 Bogen fertiger Mehrfarbenbrüche hergestellt werden, wurde besprochen. Die ausgelegten Produkte dieser Maschine erregen allgemeines Staunen, da dieselben den besten Qualitätsarbeiten auch nicht das geringste nachgeben. An Hand von Wort und Bild konnten somit alle Anwesenden den Entwicklungsgang dieses riesigen Maschinenbaues verfolgen. Für den Vortrag standen 28 Lichtbilder zur Verfügung und außerdem waren 39 Bildlofen ausgehängt, damit auch während der Pausen ein weiterer Einblick in das Wesen dieses vielseitigen Maschinenbaues gewonnen werden konnte. Der vorgerückten Zeit wegen konnte leider der zweite Teil: „Die Bedienung der Zeitungsrotationsmaschine“, nicht mehr gehalten werden; jedoch ist in Aussicht gestellt, daß solches bei passender Gelegenheit in nachgeholt werden wird. Der sehr interessante Vortrag wurde von allen Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen und den sehr geschätzten Maschinenfabriken sei für das bereitwillig zur

Verfügung gestellte Material sowie dem Kollegen Wölferl für seine Mühe und Arbeit auch von dieser Stelle nochmals der gebührende Dank ausgesprochen. Schlußwort, das deutscher Geist und deutsche Arbeit sich erproben ließ, wies beifällig und erntendlichen Mühen zum Wohle der Gesamtheit — Der Vortrag mit Anschauungsmaterial steht auch andern Kollegenkreisen zur Verfügung. Interessenten wollen sich an Kollegen Albert Lüdicke, Oldenburg-Eversten, Hauptstraße 11, wenden.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Veränderungen zum Deutschen Buchdruckerlohn von 1912; 32 Seiten Tarifformal, sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 233, zum Preise von 60 Pf. das Exemplar, bei 100 und mehr Exemplaren zum Preise von 50 Pf. das Exemplar, zu beziehen. Das vom Tarifamt herausgegebene Heftchen enthält zusammengefaßt alle Veränderungen des Tarifs, soweit sich solche durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse nötig gemacht haben; und stellt fest, was von Oktober d. J. ab tarifliches Recht ist. Die Anschaffung dieser Druckfahne liegt im Interesse eines jeden Angehörigen der Tarifgemeinschaft.

Nachamenswerte Beispiele. Die Summe von 20000 Mark brachte der „Spanbauer Zeitung“, Herr A. E. Südrath, anlässlich des 25jährigen Geschäftsjubiläums, verbunden mit dem 25jährigen Arbeitsjubiläum des Maschinenmeisters, Kollegen Gubring, unter dem Personal zur Verteilung. Bemerkenswert bei dieser Gelegenheit sind, daß Herr Südrath den Familien seiner zum Seeresdienst eingezogenen Geschäftsangehörigen eine wöchentliche Unterstützung von anfänglich 20 Mk., später 10 Mk., während der ganzen Dauer des Krieges gezahlt hat.

Tarifkonflikt im Berliner Zeitungsgerwebe. Ende September traten der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgerwebe mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen (Ortsgruppe Berlin) dem Angestelltenerverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgerwebes zu Berlin, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (Ortsverband Groß-Berlin) und der Berliner Fachgruppe Graphisches Gerwebe der Vereinigung leitender Angestellten in Handel und Industrie zusammen, um antragsgemäß über einen Tarifvertrag für das Groß-Berliner Zeitungsgerwebe zu beraten. Die Berliner Zeitungsverleger erklärten sich bereit, den Wunsch der Angestellten nach tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen zu erfüllen. Zu materiellen Verhandlungen kam es jedoch nicht, da die Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Angestelltenerverbandes des Buchhandels erklärten, mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und der Fachgruppe Graphisches Gerwebe nicht verhandeln zu wollen. Demgegenüber erklärte der Arbeitgeberverband, daß er die durch den Ausschluss einzelner Angestelltenorganisationen von den Verhandlungen eintretende Benachteiligung weiter Kreise der Angestelltenschaft nicht billige und daß im übrigen auch die Forderung auf Ausschluß dem Artikel 159 der Reichsverfassung widerspreche. Nach Verlesung einer dementsprechenden Erklärung des Arbeitgeberverbandes verließen die Vertreter des Zentralverbandes und des Angestelltenerverbandes des Buchhandels ohne Gegenüberung den Sitzungssaal und eine Verhandlung über den Tarifvertrag war infolgedessen unmöglich. Der dadurch entstandene Konflikt zog alsbald weitere Kreise innerhalb der beteiligten Organisationen. Eine starkbesuchte Versammlung der Angestellten des Berliner Zeitungsgerwebes gab in ihrer überwiegenden Mehrheit der Ansicht Ausdruck, daß die gewerkschaftlichen Interessen der Zeitungsangestellten am besten von dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Angestelltenerverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgerwebes vertreten werden. Die Versammlung eruchte demgemäß den Arbeitgeberverband, Verhandlungen über den Abschluss eines Tarifvertrags mit dem Beauftragten dieser beiden Organisationen in Verbindung mit Vertrauensleuten der Angestellten der Zeitungsgerwebe zu führen. Auf dieses Ultimatum antwortete der Arbeitgeberverband nicht, gab jedoch einige Tage später seine Bereitwilligkeit zu neuen Verhandlungen zu erkennen, unter der Bedingung jedoch, daß auch die sogenannten gelben Arbeiterorganisationen daran teilnehmen. Daraufhin beschloß eine Vertrauensmännerversammlung gegen zwei Stimmen, diese Bedingung strikte abzulehnen. Außerdem erhielten die Verbandsleitungen den Auftrag, unter allen Umständen an den Gebotsforderungen, die durch die Verhältnisse schon längst wieder überholt seien, und an dem Mitbestimmungsrechte festzuhalten. Beim nächsten Standkommen eines Ergebnisses in dieser Richtung bis zum 30. September wurde für den 1. Oktober der Ausbruch des Streiks im Groß-Berliner Zeitungsgerwebe angekündigt, dem auch die Vertreter der Berliner Buchdrucker und des Transportarbeiterverbandes Unterstützung zusagten. Um den Ernstfall zu vermeiden, ist in letzter Stunde vom Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgerwebe die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums angerufen worden, zu welcher sich der Reichsarbeitsminister bereit erklärte. Aber den Ausgang der Vermittlungsaktion war beim Abschluß dieser Nummer noch nichts bekannt.

Vom Streik in den Berliner chromolithographischen Anstalten. Seit zwei Wochen befinden sich, wie schonzeit berichtet, die Arbeiter und Arbeiterinnen der chromolithographischen Anstalten und chromolithographischen Druck-

druckbetriebe in einer Lohnbewegung. Geordert wird die Überwindung der Arbeitsbedingungen, die in dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch festgelegt sind. Die Arbeiter haben dem Schiedsspruch zugestimmt, den die Unternehmer abgelehnt haben. Der Streik hat sich im wesentlichen auf den Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt, weil seiner Meinung nach die Lohnsätze des Schiedsspruchs den Arbeitnehmern zu stark belasten. Verhandlungen haben wieder Verhandlungen in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Papierverarbeitung stattgefunden. Das bei dieser Gelegenheit gemachte Angebot der Unternehmer konnte die Streikenden nicht befriedigen. Die Vertreter der Streikenden machten als ihr äußerstes Angebot einen Vorstoß, der von den Lohnläsen des Schiedsspruchs etwas abläßt. Die Unternehmer lehnten aber auch dieses Angebot ab und die Verhandlungen wurden wieder resultatlos abgebrochen. Die Organisationskommissionen (Buchbinder, Fabrik- und Transportarbeiter) stellen es für zweckmäßig, angesichts der Sachlage die Streikenden darüber entscheiden zu lassen, ob sie den Streik ohne Ergebnis abbrechen oder fortsetzen wollen. Da die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machen. Eine zu diesem Zweck am 29. September abgehaltene außerordentlich stark besuchte Versammlung beschloß einstimmig, den Streik fortzusetzen.

Bewegung der Leipziger Hilfsarbeiter. Im Leipziger Buchgewerbe fanden am 24. September Verhandlungen zwischen einer Kommission der Hilfsarbeiter und dem Vorstande des Vereins Leipziger Buchdruckermeister statt. In einer starkbesuchten Versammlung der Hilfsarbeiter am 29. September erstattete die Lohnkommission Bericht über das Verhandlungsergebnis. Die von den Leipziger Prinzipalvertretern gemachten Zugeständnisse, 12 Proz. Feuerungszulage auf die Durchschnittslöhne, wurden von der Versammlung mit Entzückung abgelehnt. Die Versammelten erklärten, daß die Löhne der Hilfsarbeiter nicht nur nicht derartig sind, daß sie durch solche niedrige Prozentzuschläge befriedigend aufgebessert werden. Da am 1. Oktober eine zweite Verhandlung stattfinden sollte, ermächtigte die Versammlung ihre Vertreter, nochmals an der anberaumten Verhandlung teilzunehmen. Sie befehlt sich jedoch die Entschließung über Annahme oder Ablehnung des Zugeständnisses in einer zum 3. Oktober angelegten Versammlung vor.

Jubiläum der „Leipziger Volkszeitung“. Abweichend von unler sonstigen Gepflogenheit, des 25jährigen Bestehens von Tageszeitungen besonders zu gedenken, ist des Jubiläums der „Leipziger Volkszeitung“ kurz Erwähnung getan, das diese am 1. Oktober d. J. beging. Als Fortsetzung des ehemaligen „Wähler“ erschien die „Leipziger Volkszeitung“ erstmalig am 1. Oktober 1894 unter der Redaktion von Dr. Bruno Schoenank, der im besten Lebensalter, ebenso wie sein unmittelbarer Nachfolger Gustav Jaech, einem Herpesleiden erlag. Von späteren hervorragenden Schriftleitern der „Leipziger Volkszeitung“ seien noch genannt Wehring, Stamper, Professor Dr. Kersch, und von hervorragenden Mitarbeiterinnen Rosa Luxemburg, Kaufsitz, Parvus, Koch, Mos, Eisner, Dr. Morgenstern. In verhältnismäßig kurzer Zeit brachte es das Leipziger Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes, das den Charakter eines Prinzipienblattes und der Tageszeitung, eines Kampfblattes und des Nachrichtenblattes in sich zu vereinigen mußte, zu einem hohen Abonnementstand und zu einer geistigen Führerrolle im politischen Leben. Auch auf wirtschafts-politischem Gebiete suchte die „Leipziger Volkszeitung“ von jeher bestimmenden Einfluß auszuüben, wobei sie nicht selten in scharfen Gegenhalt geriet zu den Gewerkschaften, speziell zu den Buchdruckern. Heute steht die „Leipziger Volkszeitung“ selbst im Brennpunkte schwerer parteipolitischer Konflikte, die von ihren eignen Redaktionsmitgliedern in den Spalten des Blattes auszusprechen versucht werden. Anlässlich des 25jährigen Bestehens widmete der Verlag, die Leipziger Buchdrucker-Mitglieder, dem Genossen, Genossen, Lesern und Freunden eine Festschau der „Leipziger Volkszeitung“, die sowohl inhaltlich als auch in typographischer Hinsicht als eine wohlgelungene bezeichnet zu werden verdient.

Ein internationaler Welpresseschiff. In Düsseldorf beabsichtigen finanzielle Kreise unter internationaler Unterstützung die Errichtung eines Welpresseschiffes einer Welt Handelszentrale. Auf diesem Welpresseschiff sollen alle Zeitungen der Welt, alle Handels-, Schiffahrtsgesellschaften usw. vertreten sein. Alle Handelsgesellschaften sollen in dem Welthandelschiffe Niederlassungen errichten. Die Unterbringung soll in einem riesigen Gebäude erfolgen, das neben Ausstellungsstellen eigne Klubräume, Theater usw. erhalten soll.

Papiernebelkäse. In Oelsenkirchen ermittelte die Kriminalpolizei eine Falschmünzergesellschaft, die falsche Reichsbankscheine mit dem Datum vom 30. November 1918 herstellte und in den Verkehr brachte. Der Verfertiger ist ein aus Warschau gebürtiger Russe. In seiner Wohnung wurde das gesamte Herstellungsmaterial beschlagnahmt. Eine große Anzahl der Falschmünzen wurde bereits in Rheinland-Westfalen in den Verkehr gebracht. Mit dem Russen wanderten mehrere Helfershelfer hinter Gitter und Riegel.

Schwere Bestrafung von Bahsäufung. Von einer ungewöhnlich harten Bestrafung zweier Buchdruckergebnisse aus Wald herkömte die rheinisch-westfälische Tagespresse. Zwei Herren in einer dortigen Druckerei ohne Wissen des Leiters kritische Berichtsformulare hergestellt und gegen Aufzahlung in der neutralen Zone, in Böhmen und Oberfeld, verkauft. Das Gericht der britischen Besatzungsbehörde verurteilte die beiden Buchdrucker zu drei Jahren Gefängnis. Ein dritter Angeklagter, der bei dem Verkauf der gefälschten Scheine behilflich gewesen

mar, erhielt 4000 Mk. Geldstrafe oder vier Monate Gefängnis.

Eingziehung von 50-Mark-Scheinen. Die Reichsbanknoten zu 50 Mk. mit dem Datum vom 20. Oktober 1918, die bis zum 10. September d. J. zur Einziehung aufgerufen waren und mit dem Tag ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verloren haben, werden neuerdings zufolge einer Anordnung des Reichsbankdirektoriums in Berlin von Jänzl den Reichsbanknoten nach bis zum 31. Oktober d. J. zur Einziehung angenommen.

Gegen Lungenschwindsucht und Geschlechtskrankheiten. Angesichts der grossierenden Geschlechtskrankheiten und der zunehmenden Tuberkulose verdient eine frühere Anregung, das Heilungsmittel vorerst ein ärztliches Gesundheitsamt beibringen zu lassen, zum Gesetz erhoben zu werden. Das Wohlfahrtsministerium muß die Anregung aufgreifen als Mittel zu dem Zwecke, die durch den Krieg sehr stark in die Brüche gegangene Volksgesundheit wieder zu heben. Die schweren Schäden, die durch Ansteckung, Übertragung und Vererbung solcher Krankheiten hervorgerufen werden, würden durch Gesetzgebung erheblich eingeschränkt. Ein jeder hat das Recht auf Gesundheit, aber auch die Pflicht dazu. Solche Krankheiten sind nicht mehr nur eine Sache der dapon Betroffenen, sondern sie gehen die Gesamtheit des Volkes an. Es muß ein Gesetz geschaffen werden, das die Gesundheit des einzelnen weitgehend schützt und zumal unverantwortliches Treiben Geschlechtskrankheiten in seine Schranken zurückweist. Lungenschwindsucht, ganz besonders aber Geschlechtskrankheiten, müssen vor allem ein Zeugnis über ihre Stellung von dem Arzte beibringen, der sie darin zuerst behandelt hat. Hierdurch könnte zugleich festgestellt werden, welche der verschiedenen Heilmethoden in der Behandlung zumal Geschlechtskrankheiten in Anwendung und welche wirksame Ausheilung gebracht hat. Der Streit zwischen den Anhängern der „alleinheiligmachenden“ Salvarsan- und Quecksilberbehandlung und den Verfechtern der physikalischen Therapie (Naturheilkunde) würde dadurch am besten aus der Welt geschafft.

Briefkasten

H. B. in P. Wenden Sie sich an Svenska Typografersbundets Expedition in Stockholm, Jakobsgatan 22A. — O. D. in Bz.: 3,40 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 24, Chamsingplatz 511.
Sprechstunde: Amt Ausrufk. Nr. 1191.

Bekanntmachung

Wir erlauben die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einlegung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im III. Quartal 1919: 11. Oktober 1919, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Da in einigen zur Berichterstattung verpflichteten Verwaltungsstellen die Funktionäre wiederholt gewechselt haben, so richten wir das dringende Ersuchen an die verehrlichen Gauvorstände, die betreffenden Kollegen auf ihre Verpflichtung zur Einlegung der Statistikarten hinzuweisen. Die Karten müssen auch dann eingeleitet werden, wenn Arbeitslose am Orte nicht vorhanden waren.

Nach einer Vereinbarung des Präsidenten des Statistischen Reichsamts mit dem Reichspostministerium werden die gelben Berichtskarten portofrei befördert, müssen aber an sichtbarer Stelle mit dem handschriftlichen Vermerk „Portofreie Dienstkarte“ versehen sein. Gebt dieser Vermerk, so wird Strafporto erhoben. Wir bitten die Funktionäre um Beachtung dieser Bestimmung.
Berlin. Die Hauptverwaltung.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einsendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Rheinland-Westfalen die Eheg. 1. Paul Krüger, geb. in Althof (Ohr), 1885, ausgl. in Wehau 1904; 2. Heinrich Werner, geb. in Effen 1899, ausgl. bei 1917; 3. Georg Pösch, geb. in Bochum 1898, ausgl. in Hattlingen 1915; 4. Wilhelm Schmidt, geb. in Effen 1898, ausgl. bei 1916; 5. Wilhelm Beckers, geb. in Wühendorf 1897, ausgl. in Effen 1916; 6. Wilhelm Höler, geb. in Siegen i. W. 1898, ausgl. bei 1918; 7. Joseph A. B. d. n. r.

geb. in Köln 1897, ausgl. bei 1914; 8. Theodor Semmeken, geb. in Sülpich 1898, ausgl. bei 1916; 9. der Drucker Karl Spies, geb. in Berleburg 1869, ausgl. bei 1888; die Schwägerin des 10. Heinrich Schroeder, geb. in Sülpich 1884, ausgl. bei 1918; 11. Paul Metz, geb. in Würmelschlag 1895, ausgl. bei 1913; 12. Heinrich Kriem, geb. in Sülpich 1872, ausgl. bei 1890; waren noch nicht Mitglieder; die Eheg. 13. Ludwig Sachbad, geb. in Erfurt 1866, ausgl. in Effen 1886; 14. Nikolaus Wiesen, geb. in Düren 1865, ausgl. bei 1883; 15. Louis Brohm, geb. in Querfurt 1856, ausgl. in Leipzig 1873; 16. Franz Margis, geb. in Effen 1895, ausgl. bei 1913; 17. Franz Gierig, geb. in Effen 1864, ausgl. bei 1883; 18. G. Möller, geb. in Effen 1866, ausgl. bei 1885; geb. in Effen 1887, ausgl. in Effen 1887; 20. Otto S. a. g. geb. in Effen 1884, ausgl. bei 1872; 21. Karl Dillroge, geb. in Minden 1858, ausgl. in Schwerte 1875; 22. der Drucker Heinrich Schulte, geb. in Effen 1863, ausgl. bei 1892; 23. der Schwägerin des Joseph Menzel, geb. in Sülpich 1885, ausgl. bei 1903; waren schon Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln a. Rh., Gereonsdal 28.

Berfassungskalender

Dresden. Schriftgießerei, Stereotypen- und Galvanoplastiker-Vereinigung, Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 5).
Kaiserslautern. Allgemeines oberlokalisches Maschinenmeister-Vereinigung Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der „Deutschen“ „Hilfskaffee“.
Wiesbaden. Maschinenlehrervereinigung Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Was dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Beschämendes Eingeständnis?
Was dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe: Die Notwendigkeit eines graphischen Inbuddirektors. Das Buchgewerbe im Ausland: Tscheco-Slowakei. — Norwegen. Ruhland. — Frankreich.
Ernährungswirtschaft: Die Zukernat.
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Rechtsprechung in Militärrentenachen.
Anzeigen: Flugzeug. — Berlin. — Bremen. — Slogau. Feld. — Mühlheim. — Odenburg.
Kaiserslautern. Abänderungen zum Deutschen Buchdruckerstatut von 1912. — Nachahmungsrechte. — Tarifverträge im Berliner Zeitungsgewerbe. — Vom Streik in den Berliner chromolithographischen Anstalten. — Lohnbewegung der Leipziger Hilfsarbeiter. — Jubiläum der „Leipziger Volkszeitung“. — Ein internationaler Wettbewerb. — Papiergeldfälscher. — Schwere Bestrafung von Pöhlern. — Einlegung von 50-Mark-Scheinen. — Gegen Lungenschwindsucht und Geschlechtskrankheiten.

Malen u. zeichnen Sie gern?



Dann sollten Sie Ihre freie Zeit benutzen, es gründlich zu lernen, zumal die Kosten viel geringer sind, als wenn Sie diese Zeit für irgendwelche Liebhabereien oder Zerstreuung anwenden. Unser bewährtes, von Künstlern u. der Presse glänzend begutachtetes Lehrsystem geht von ganz neuartigen Voraussetzungen aus u. unter fachmännischer Prüfung erfolgt die Korrektur der einzusendenden fertigen Arbeiten. Keine Kraftvergeudung oder Abstumpfung durch ermüdenden Drill, kein Aufgeben des Berufs, sondern Ausnutzung freier Stunden durch interessante künstl. Tätigkeit vom ersten Tage an. Zeichnen und Malen ist in jedem Berufe von erheblichem Nutzen, zahlreiche frühere Schüler berichten uns aber, das es ihnen zur lohnenden Erwerbsquelle geworden ist, und wer die Schülerarbeiten in unserem illustrierten Prospekt, den wir kostenlos versenden, ansieht, wird das begrifflich finden. Verlangen Sie den Prospekt sofort. Adressieren Sie genau:

Mal- und Zeichen-Unterricht-G. m. b. H.,
Berlin W 9, Abteilung B, 193
Linkstraße 12.

Tüchtiger Schriftsetzer
23 Jahre, in allen Gattungen bewandert, welcher auch an Siegel- und Schnellpresse erfahren, sucht sofort oder später dauernde Stellung. Gef. Angebote an Walter Wilschke, Berlin NW 21, Bredowstraße 39.

Maschinenfabrik- und Korrekturenstelle befehlt.
Den Bewerbern besten Dank „Eisenacher Volkszeitung“.

Anzeigen-Fachmann
mit Sitz in Stuttgart sucht die **Allgemeinverbreitung einer erschlafften Fachzeitschrift** für Württemberg, eventuell Süddeutschland. Off. unter Nr. 602 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schnelle Hilfe
bei Rheumatisms, Gicht- und Gelenkschmerzen sowie ähnlichen Erkrankungen. Verlangen Sie Gratisprospekt vom Laboratorium Hermann Ernst, Serne (Westf.). 1581

Buchdruckerverein in der Stadt Hannover
Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Volksheims“, früher „Kriegerheim“. 1620

Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung: Änderung der Satzungen der Kranken-, Invaliden- und Wittwenkasse des Vereins.
Der Vorstand.

Zurichtmesser und Scheren
Nähen und Plitzeln sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt A. Steg, München 9, Nollmuthstraße 1. Katalog 25 Pf.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmuckwaren, Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrei haben
Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Wer kann Unterzeichnetem Aulenthalt und Adresse des Ehegatten?
Otto Jarzewski
mittelfen 7 Bon 1896 bis 1897 in Borden (S. S. Wille) in Sandblon. Ausl. verb. erst. S. Rothgänger, Bordenholl.

Allen Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß unser lieber, guter Vater, der Meister 1613
Karl Niehüser
am 24. September von seinem Leiden durch den Tod erlöst wurde. Auf Wunsch des edlen Verstorbenen geben wir dies erst heute bekannt.
Leipzig, Südstraße 57 I.
In tiefer Trauer
Die Hinterbliebenen.

Am 28. September verstarb infolge eines schweren Leidens, das er sich im Felde zugezogen, unser lieber Kollege, der Monotypsetzer 1615
Albert Beck
im Alter von 36 Jahren. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Die Kollegen der Firma Julius Sittenfeld, Berlin.

Am 29. September verstarb nach einer arbeitsreichen Tätigkeit als Arbeiterführer beim hiesigen Gewerkschaftsbureau unser langjähriges, treues Mitglied, Kollege 1617
Karl Baum
im Alter von 43 Jahren. Ein dauerndes, ehrendes Gedächtnis bewahrt ihm Die Mitglieder des Chemnitz.

Allgemeine Sattorenversammlung
für den Kreis III der Deutschen Buchdrucker und den Kreis III des Sachverwandten Bundes in Frankfurt a. M. im Saale des „Schneiderringsbells“. Bleichstraße 38 a, am Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 10 Uhr.
Tagesordnung:
„Die Lage der Faktoren und die Vertragsgemeinschaft“
Referat, Korreferat und Diskussion.
Freie Faktorenvereinigung für den Gau Frankfurt-Hessen V. d. D. B.
Kreis III des Faktorenbundes Frankfurt a. M.

Typographischer
Koffer Seher, guter Maschinenkennner, wird gesucht. 1621
Buchdruckerel und Verlagsanstalt „Volksstimme“, Münster i. W.

Sauschriftgießerei, Galvanoplastik und Stereotypenanstalt
verfert in jeder Art Komplettmaschinensatz sowie Druckplattenzeugnisse, wünsch in Großdruckerei gleichartige Stellung. Gef. Zuschriften an Oulav Waro, Wien III, Paulusgasse 8. 1623

Tüchtiger Stempelseher
besonders gewandt im Modellaf, findet sofort guten Posten in der Stempelfabrik Merkle, Pforzheim. 1622

Junger, strebsamer Lizidanzseher
(Zeichnungsmeister) sucht sofort Stellung. Angebote erbitte unter Nr. 616 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtiger Maschinenmeister
welcher im feinsten Illustrations- und Farbendruck, auch Drei- und Vierfarbendruck, vorzügliches Letzet sowie den Prägedruck vollständig beherrscht, nach dem Saarrevier gesucht. Angebote von nur ersten Kräfte mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und erwünschten Lohnes unter Nr. 595 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erdelen.

Tüchtige Schriftgießer
zum sofortigen Eintritt in Hamburg gesucht.
Wensch & Senfe, Schriftgießerei-Zweiggesellschaft, Hamburg.

Strebsamer Schriftsetzer
mit allen vornehmenden Arbeiten bestens vertraut, möchte sich nach Sachsen (am liebsten Oberlausitz) verandern. Gef. Angebote erdelen unter Nr. 609 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bellenmaß 6 Cent. 50 Pf. C. Frick, Frankfurt a. M., Wehrstr. 23.